

Niederschrift

über die **2. öffentliche Sitzung
des Eingabeausschusses**
am Dienstag, 14. Juni 2011, 17:00 Uhr,
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|----|---|-----------|
| 1. | Zukunftsfähiges Wirtschaften | 101.17.11 |
| 2. | Rückwirkende Übernahme der Kosten der Unterkunft in den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG | 101.17.12 |
| 3. | Faktenfeststellung für das Lange Feld | 101.17.13 |

Vorsitzender Dr. Schnell eröffnet die mit der Einladung vom 07.06.2011 ordnungsgemäß einberufene 2. öffentliche Sitzung des Eingabeausschusses, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Es liegen keine Wortmeldungen zur Tagesordnung vor.

- 1. Zukunftsfähiges Wirtschaften**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.11 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, sich in einem ersten Schritt auf dem Weg zu einer Modellregion „Zukunftsfähiges Wirtschaften“ mit der Frage der Mobilität auseinander zu setzen.

Dazu gehört

- a) eine Offenlegung von bisher unter Verschluss gehaltenen Daten über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schädigungen der Bürgerinnen und Bürger Kassels,
- b) eine Tempobegrenzung auf 80 km/h auf den Autobahnen in und um Kassel,
- c) die Kontaktaufnahme zu Firmen (z. B. VW, Fräger, SMA, Bombardier) in Nordhessen, die ein Interesse daran haben und über die technischen Mittel verfügen, Mobilität mit alternativen Methoden zu gewährleisten,

- d) die Einwerbung von Fördermitteln, die es der Stadt erlauben, Stationen zum Austausch von Antriebsbatterien bereitzustellen,
- e) eventuell eine harte Auseinandersetzung mit den Kräften, die das elektrisch betriebene Fahrzeug in einer Nische zu halten beabsichtigen, damit der Absatz der herkömmlichen Großverbrauchsfahrzeuge nicht beeinträchtigt wird,
- f) der Ausbau des schienengebundenen Schnellbahnsystems, das den inhereuropäischen Flugverkehr ersetzen kann unter der Voraussetzung, dass der dafür benötigte Strom weder auf Kohle- noch auf Uranbasis gewonnen wird (was für den Transrapid im Übrigen auch gelten würde),
- g) eine Überprüfung der bisherigen Position der Stadt Kassel zu ihrer dauerhaft defizitären Beteiligung an der Flughafengesellschaft Kassel, (nachdem nun auch der Flughafen Paderborn defizitär geworden ist, ohne von Calden bedrängt worden zu sein),
- h) die - zunächst gedankliche - Neuorientierung des Wirtschaftens an qualitativen Gesichtspunkten, entsprechend einer sozialdemokratischen Position aus den 1980er Jahren: Minimierung der Entnahme von Rohstoffen aus der Natur, Maximierung ihrer Wiederverwendung und Ausstoß von Schadstoffen in die Umgebung gegen Null führen (Mini-Max-Null).

Vorsitzender Dr. Schnell übergibt Herrn Triebstein, Bündnis für Bürgerbeteiligung in und um Kassel, das Wort. Herr Triebstein begründet die Bürgereingabe.

Stadtverordnete Kühne-Hörmann beantragt für die CDU-Fraktion Punktweise Abstimmung und verlässt die Sitzung um 17:40 Uhr vor Beginn der Abstimmung.

Nach eingehender Diskussion und Sitzungsunterbrechung von 17:40 Uhr bis 17:50 Uhr auf Antrag der SPD-Fraktion stellt Vorsitzender Dr. Schnell die Anträge zur Abstimmung.

Einvernehmlich wird festgelegt die einzelnen Punkte der Eingabe mit der Frage nach Zustimmung, Ablehnung und Kenntnisnahme zur Abstimmung zu stellen.

Der Eingabeausschuss fasst bei
 Zustimmung: CDU, Kasseler Linke
 Ablehnung: --
 Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne
 Abwesend: FDP
 den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt a) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Der Eingabeausschuss fasst bei
 Zustimmung: Kasseler Linke
 Ablehnung: --
 Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne, CDU
 Abwesend: FDP
 den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt b) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke
Ablehnung: --
Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne,
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt c) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke
Ablehnung: --
Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne,
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt d) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: --
Ablehnung: --
Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne, CDU, Kasseler Linke
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt e) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: --
Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne, CDU
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt f) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: --
Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne, CDU
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt g) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke
Ablehnung: --
Kenntnisnahme: SPD, B90/Grüne,
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Punkt h) der Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordneten-versammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **zur Kenntnis genommen**.

Im Rahmen der Diskussion bringt Stadtverordneter Domes, Kasseler Linke, folgenden Änderungsantrag ein und begründet ihn.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadtverordnetenversammlung wird aufgefordert, sich in einem ersten Schritt auf dem Weg zu einer Modellregion „Zukunftsfähiges Wirtschaften“ mit der Frage der Mobilität auseinander zu setzen.

Dazu gehört

- a) eine Offenlegung von bisher unter Verschluss gehaltenen Daten über die gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Schädigungen der Bürgerinnen und Bürger Kassels,
- b) eine Tempobegrenzung auf 80 km/h auf den Autobahnen in und um Kassel,
- c) die Kontaktaufnahme zu Firmen (z. B. VW, Fräger, SMA, Bombardier) in Nordhessen, die ein Interesse daran haben und über die technischen Mittel verfügen, Mobilität mit alternativen Methoden zu gewährleisten,
- d) die Einwerbung von Fördermitteln, die es der Stadt erlauben, Stationen zum Austausch von Antriebsbatterien bereitzustellen,
- e) eventuell eine harte Auseinandersetzung mit den Kräften, die das elektrisch betriebene Fahrzeug in einer Nische zu halten beabsichtigen, damit der Absatz der herkömmlichen Großverbrauchsfahrzeuge nicht beeinträchtigt wird,
- f) der Ausbau des schienengebundenen Schnellbahnsystems, das den inhereuropäischen Flugverkehr ersetzen kann unter der Voraussetzung, dass der dafür benötigte Strom weder auf Kohle- noch auf Uranbasis gewonnen wird (was für den Transrapid im Übrigen auch gelten würde),
- g) eine Überprüfung der bisherigen Position der Stadt Kassel zu ihrer dauerhaft defizitären Beteiligung an der Flughafengesellschaft Kassel, (nachdem nun auch

- der Flughafen Paderborn defizitär geworden ist, ohne von Calden bedrängt worden zu sein),
- h) die - zunächst gedankliche - Neuorientierung des Wirtschaftens an qualitativen Gesichtspunkten, entsprechend einer sozialdemokratischen Position aus den 1980er Jahren: Minimierung der Entnahme von Rohstoffen aus der Natur, Maximierung ihrer Wiederverwendung und Ausstoß von Schadstoffen in die Umgebung gegen Null führen (Mini-Max-Null).

Die Stadtverordnetenversammlung **fordert den Magistrat auf, über die Entwicklung der Region Kassel zu einer Modellregion „Zukunftsfähiges Wirtschaften“ zu dem Schwerpunkt Mobilität vor Ende 2011 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Mobilität und Verkehr zu berichten.**

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: CDU, Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion Kasseler Linke zur Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung betr. Zukunftsfähiges Wirtschaften, 101.17.11, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Kalveram

- 2. Rückwirkende Übernahme der Kosten der Unterkunft in den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.12 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Jobcenter wird aufgefordert, diejenigen Leistungsbewilligungsbescheide nach dem 2. Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) mit Wirkung für Zeiträume in den Jahren von 2005 bis 2010 aufzugeben, in welchen den Leistungsberechtigten zu geringe Leistungen für die Kosten der Unterkunft bewilligt worden waren. Die in diesen Zeiträumen zu unrecht nicht bewilligten Leistungen werden zeitnah nach bewilligt und nachgezahlt.
2. Das Sozialamt der Stadt Kassel wird aufgefordert, diejenigen Leistungsbewilligungsbescheide nach dem 12. Buch (SGB XII) mit Wirkung für Zeiträume in den Jahren von 2005 bis 2010 aufzuheben, in welchen den Leistungsberechtigten zu geringe Leistungen für die Kosten der Unterkunft bewilligt worden waren. Die in diesen Zeiträumen zu unrecht nicht bewilligten Leistungen werden zeitnah nach bewilligt und nachgezahlt.
3. Das Sozialamt der Stadt Kassel wird aufgefordert, diejenigen Leistungsbewilligungsbescheide nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) mit Wirkung für die Zeiträume in den Jahren von 2005 bis 2010 aufzuheben, in

welchen den Leistungsberechtigten zu geringe Leistungen für die Kosten der Unterkunft bewilligt worden waren. Die in diesen Zeiträumen zu unrecht nicht bewilligten Leistungen werden zeitnah nach bewilligt und nachgezahlt.

4. Sofern eine Nachzahlung für Zeiträume in den Jahren 2005 bis 2010 aufgrund gesetzlicher oder sonstiger rechtlicher Vorgaben nicht nach bewilligt und nachgezahlt werden können, wird den Leistungsberechtigten nach dem SGB II, dem SGB XII und dem AsylbLG zeitnah mitgeteilt, wie hoch der nicht bewilligte Leistungsbetrag betreffend die Kosten der Unterkunft für diesen Zeitraum ist.
5. Der Stadtverordnetenversammlung gegenüber berichten beide genannten Behörden zeitnah schriftlich, wie hoch in diesem Zusammenhang der bei den Leistungsberechtigten nach dem SGB II, SGB XII und AsylbLG angerichtete und nicht behobene finanzielle Schaden ist.

Herr Aleschewsky, Antragsteller der Bürgereingabe, erhält Gelegenheit seine Eingabe zu begründen.

Im Rahmen einer regen Diskussion beantworten Stadtkämmer Dr. Barthel und Herr Ruchhöft, Leiter Sozialamt, die Fragen der Mitglieder.

Der Eingabeausschuss fasst bei

Zustimmung: Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, B90/Grüne, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung betr. Rückwirkende Übernahme der Kosten der Unterkunft in den Rechtskreisen des SGB II, SGB XII und AsylbLG, 101.17.12, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schöberl

3. **Faktenfeststellung für das Lange Feld**
Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung
- 101.17.13 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein freiwilliges Faktenfeststellungsverfahren durch Mediation anstelle des Abwägungsverfahrens durch die Stadtverwaltung für das Bebauungsplanverfahren Langes Feld durchzuführen.

Vorsitzender Dr. Schnell übergibt Herrn Pinkvohs, Bündnis für Bürgerbeteiligung in und um Kassel, im Anschluss an die Beratung der Eingabe das Wort. Herr Pinkvohs begründet den Antrag.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung betr. Faktenfeststellung für das Lange Feld, 101.17.13, wird **abgelehnt**.

Stadtverordneter Schleißing, B90/Grüne, bringt folgenden Änderungsantrag ein.

➤ **Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne**

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein freiwilliges Faktenfeststellungsverfahren durch Mediation **als Voraussetzung für das** Abwägungsverfahren durch die Stadtverwaltung für das Bebauungsplanverfahren Langes Feld durchzuführen.

Der Eingabeausschuss fasst bei
Zustimmung: B90/Grüne, Kasseler Linke
Ablehnung: SPD, CDU
Enthaltung: --
Abwesend: FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Änderungsantrag der Fraktion B90/Grüne zur Bürgereingabe nach § 20a der GO der Stadtverordnetenversammlung betr. Faktenfeststellung für das Lange Feld, 101.17.13, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Schwalm

Ende der Sitzung: 18:50 Uhr

Dr. Günther Schnell
Vorsitzender

Nicole Schmidt
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 2. öffentlichen Sitzung des Eingabeausschusses am
Dienstag, 14. Juni 2011, 17:00 Uhr
im Sitzungssaal des Magistrats, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Dr. Günther Schnell, SPD
Vorsitzender

Günther Schnell

Joachim Schleißing, B90 / Grüne
1. stellvertretender Vorsitzender

Joachim Schleißing

Georg Lewandowski, CDU
2. stellvertretender Vorsitzender

i.V. W. Stähling-Dittmar

Gabriele Jakat, SPD
Mitglied

i.V. E. Calceano

Heidemarie Reimann, SPD
Mitglied

H. Reimann

Norbert Sprafke, SPD
Mitglied

Norbert Sprafke *i.V. Norbert Sprafke*

Volker Zeidler, SPD
Mitglied

Volker Zeidler

Jürgen Blutte, B90 / Grüne
Mitglied

Jürgen Blutte

Karl Schöberl, B90 / Grüne
Mitglied

Karl Schöberl

Eva Kühne-Hörmann, Staatsministerin, CDU
Mitglied

Eva Kühne-Hörmann

Jutta Schwalm, CDU
Mitglied

Jutta Schwalm

Axel Selbert, Kasseler Linke
Mitglied

i.V. N. Donner

Donald Strube, parteilos
Mitglied

entschuldigt

Teilnehmer mit beratender Stimme

Jörg-Peter Bayer, Piraten
Stadtverordneter

Jörg-Peter Bayer

Bernd Wolfgang Häfner, Freie Wähler
Stadtverordneter

Bernd Wolfgang Häfner

Olaf Petersen, Piraten
Stadtverordneter

Olaf Petersen

Magistrat

Dr. Jürgen Barthel, SPD
Stadtkämmerer

Bertram Hilgen, SPD
Oberbürgermeister

Anne Janz, B90 / Grüne
Stadträtin

Jürgen Kaiser, SPD
Bürgermeister

Dr. Joachim Lohse, parteilos
Stadtrat

Boe
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Schriftführung

Nicole Schmidt,
Schriftführerin

Edith Schneider,
-16-

[Signature]
[Signature]

Verwaltung/Gäste

B3 Pro Zanger Feld
Bündnis für Bürgerbeteiligung
"
Ruchhöft -50-
Wif. Sozialklub
Bündnis für B. Beteiligung
Thomas Aleschewsky

W. Zanger
W. Zanger
W. Zanger
W. Zanger
Peter Aleschewsky
Inelstein
Aleschewsky